

Aspekte der österreichisch-schweizerischen Beziehungen

Oesterreich ist der sechstwichtigste Handelspartner der Schweiz, und die Schweiz nimmt in der entsprechenden österreichischen Rangliste nach der Bundesrepublik Deutschland und Italien den dritten Platz ein. 1977 kamen 4,1 % unserer Importe (für 1,6 Mia Fr.) aus Oesterreich und gingen 5,3 % unserer Exporte (für 2,2 Mia Fr.) nach Oesterreich.

Doch die gemeinsamen Interessen der beiden neutralen und hochindustrialisierten Kleinstaaten gehen über die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen (in denen auch der Dienstleistungssektor - schweizerische Versicherungsgesellschaften in Oesterreich, Tourismus - und der Finanzsektor eine bedeutende Rolle spielen) hinaus, und diese gemeinsamen Interessen überwiegen gegenüber all den offensichtlichen Unterschieden historischer, institutioneller, kultureller und geographischer Natur.

Ueber das Bilaterale hinausgehend spannt sich der Bogen gegenseitiger Zusammenarbeit von der Integrationspolitik über den gesamten KSZE-Komplex bis zu den Internationalen Organisationen, und Oesterreich unterstützt unsere Bestrebungen auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts (CDDH; Vorstösse zum Schutz der Gefangenen und gegen die Folter).

Oesterreich schliesslich hat ein Interesse daran, dass die Schweiz der UNO beitrifft und dadurch die Gruppe der Neutralen in New York verstärkt. Aber es muss auch eingestanden werden, dass wir als UNO-Vollmitglied eine gewisse Konkurrenz für Oesterreich darstellen könnten und dass Oesterreich sein Eigeninteresse sicherlich nicht der Solidarität der Neutralen unterordnen wird.

./.

In diesem Licht sind auch die österreichischen Bestrebungen zu sehen, aus Wien ein zweites europäisches UNO-Zentrum zu machen: Sie sind ein Element der österreichischen Sicherheitspolitik; in der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien sieht Oesterreich eine Möglichkeit zur Verankerung seiner Existenz im internationalen Bewusstsein, damit eine Wiederholung dessen, was 1938 geschah, unmöglich werde. Diese Politik wird wohl auch nach der Erfüllung der österreichischen Forderungen um das internationale Zentrum im Wiener Donaupark weiterbestehen.

Bekanntlich war dieses Zentrum, das 1979 fertiggestellt werden soll, ursprünglich für die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) und die Organisationen der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO) bestimmt, aber zu gross konzipiert worden. Die UNO-Generalversammlung beschloss daher 1976, ein entsprechendes österreichisches Angebot anzunehmen und innerhalb von fünf Jahren aus New York und Genf je 250 Beamte zu übersiedeln. In einer ersten Phase 1978/79 wird dies in Genf Organe und Dienste betreffen, die sich mit Fragen der Betäubungsmittel und des Drogenmissbrauchs befassen, ferner die Abteilung für soziale Angelegenheiten, insgesamt 66 Beamte. Inzwischen jedoch sind zwei Dinge eingetreten, die, so hoffen wir, zu einer Verringerung der 1976 vorgesehenen Zahl führen werden: Einmal wuchs die AIEA stärker als vorgesehen, und zum anderen verlegte das Organ der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA) seine Tätigkeiten grösstenteils von Beirut nach Wien. Die Frage steht erneut auf der Traktandenliste der gegenwärtigen Session der UNO-Generalversammlung.

In zwei Bereichen, die uns bisher auf bilateraler Ebene beschäftigten, sind in der letzten Zeit Veränderungen eingetreten:

Die Vorarlberger Sorgen wegen des geplanten Kernkraftwerkes Rüthi sind vorläufig im Abklingen, weil mit dessen Bau - wenn überhaupt - in absehbarer Zukunft, d.h. vor Mitte der 80er Jahre, nicht zu rechnen ist.

Die Forderungen der SWISSAIR aus dem Schadenfall auf dem Flughafen Wien-Schwechat Ende Dezember 1971 finden sich nach bilateralen Verhandlungen auf dem Wege der gütlichen Erledigung, nachdem eine gerichtliche Regelung in Oesterreich (Schadenersatzklage der SWISSAIR gegen den österreichischen Staat) daran scheiterte, dass für Oesterreich im Bereich der Amtshaftung die materielle Gegenseitigkeit mit der Schweiz nicht gegeben war. Infolgedessen schlug Oesterreich Verhandlungen zum Abschluss eines Vertrages über die Gegenseitigkeit in Amtshaftungssachen vor; die Verhandlungen sind praktisch abgeschlossen, und der Vertrag steht vor der Unterschrift.

Eine Initiative Bundeskanzler Kreiskys im Bereich der internationalen Entwicklungspolitik ist noch erwähnenswert: Sein ursprünglicher Vorschlag im Entwicklungskomitee der OECD für einen grossangelegten Marshall-Plan zugunsten der Entwicklungsländer wurde nicht weiterverfolgt; die Reaktionen darauf - auch die schweizerischen - waren negativ. Nun aber liegt der Plan in einer modifizierten Form wieder auf dem Tisch, und wir werden dazu Stellung zu nehmen haben.

Abschliessend ein Wort zur Besuchsdiplomatie des Politischen Departementes: Der Departementschef und der Generalsekretär treffen ihre österreichischen Amtskollegen in ungefähren jährlichen Abständen. An seinem Besuch in Wien im Mai d.J. schlug der Departementschef, wie er dem Bundesrat mit Schreiben vom 25. August 1978 mitteilte, regelmässige schweizerisch-österreichische Kontaktgespräche auf der Ebene der Abteilungsleiter vor. Diese Gespräche wurden anfangs September aufgenommen und darauf im vorgesehenen monatlichen Rythmus abwechslungsweise in Bern und Wien weitergeführt.

(Wilhelm Schmid)

p.B.15.21.Au - SI/ra

Bern, den 31. Oktober 1978

Herr Bundesrat,

In Ergänzung zu meinem heutigen Schreiben betreffend den Besuch der österreichischen Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. Hertha Firnberg, erlaube ich mir, Ihnen mit der beiliegenden Notiz einige Aspekte der schweizerisch-österreichischen Beziehungen in Erinnerung zu rufen.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Pierre Aubert

Herrn Bundesrat
Hans HUERLIMANN
Vorsteher des Eidgenössischen
Departements des Innern

3003 B e r n

Kopie an das Sekretariat des Departementschefs

L 1. NOV. 78 12